



Es gilt das gesprochene Wort

**Anlagevorschlag:
Justiz verspricht hohe Wertschöpfung**

**Sprechzettel
Plenarbehandlung DHH 2009/2010 Einzelplan 04
am 1. April 2009
im Bayerischen Landtag**

Wert der Justiz / Justizvollzug / Sozialtherapie

Gibt es eine Geldanlage, die redlich ist, die eine hohe Rendite einbringt, und die trotzdem keinerlei Risiken birgt?

Als Verbraucherschutzministerin werde ich nicht müde, die Bürgerinnen und Bürger immer wieder vor solcherlei Versprechungen zu warnen.

Doch heute stehe ich nicht nur als Verbraucherschutzministerin, sondern auch als Justizministerin vor Ihnen. Und in dieser Funktion kann ich Ihnen heute guten Gewissens eine Geldanlage präsentieren, die all diese Vorzüge in sich vereint. Die nicht nur eine hohe Rendite verspricht, sondern darüber hinaus auch ein Mehr an Sicherheit garantiert. Und

das bei einem vergleichsweise geringen Kapitaleinsatz.

Anrede

Traditionell umfasst der Justizhaushalt **weniger als 5 Prozent** der bayerischen Staatsausgaben. Gleichzeitig liegt die Einnahmen-Deckungsquote bei weit **über 40 %**.

Die dritte Gewalt im Staat ist demnach **nicht teuer**. **Ihre Wertschöpfung aber ist enorm hoch**.

Die Justiz ist der Garant für die Innere Sicherheit.

Durch die konsequente Ahndung von Straftaten, durch den Bau und den Betrieb sicherer Gefängnisse und durch ein breites Resozialisierungsangebot

sorgen wir - gemeinsam mit der Polizei - für einen bestmöglichen Schutz der Bürgerinnen und Bürger.

Daneben ist die Justiz ein wichtiger Standortfaktor für die heimische Wirtschaft.

Durch faire und schnelle Gerichtsverfahren verhelfen wir den Bürgerinnen und Bürgern zu ihrem Recht. Und wir sorgen dafür, dass Unternehmen ihre Forderungen durchsetzen können.

Und schließlich tragen wir durch unsere neu gewonnene Kompetenz im Verbraucherschutz dazu bei, verloren gegangenes Vertrauen in die Wirtschaft wieder herzustellen. Indem wir die Verbraucher stark machen. Beispielsweise durch die Installation eines sogenannten **Verbraucherlotsen** auf Landkreisebene.

Was verbirgt sich dahinter? Wie der Begriff "Lotse" schon sagt, soll der Lotse den Verbraucher gleichsam einem erfahrenen Seemann sicher durch die Untiefen des Rechts navigieren. Er soll ihm konkret und unmittelbar vor Ort Hilfe anbieten. Ganz egal, ob es um unübersichtliche Preisgestaltungen, Probleme mit der Handwerkerrechnung oder Finanz- oder Ernährungsfragen geht - mit dem Verbraucherlotsen steht dem Verbraucher künftig ein zentraler Ansprechpartner für alle Alltagsfragen zur Verfügung.

Und dieses Projekt ist nur ein Projekt unter vielen, die wir im Bereich Verbraucherschutz auf den Weg bringen werden.

Exemplarisch aber zeigt es, wofür die Justiz und der Verbraucherschutz gemeinsam stehen. Für eine bürgernahe Verwaltung. Für einen Staat, der seinen Bürgerinnen und Bürgern dient - und nicht umgekehrt. Und der damit eine ganz zentrale Funktion erfüllt.

Als Justiz- und Verbraucherschutzministerium sorgen wir für Rechtssicherheit und Rechtsfrieden in unserer Gesellschaft. Wir schaffen Vertrauen - in den Staat und in die Wirtschaft. Und darin liegt zugleich der große Wert unserer Arbeit.

Wir erzielen mit vergleichsweise wenigen Mitteln eine Rendite, die auf dem Finanzmarkt ihresgleichen sucht. Und diesen Erfolg wollen wir auch in Zukunft weiterführen.

Wir wollen den Wert, den die Justiz für unsere Gesellschaft besitzt, erhalten und nach Möglichkeit sogar steigern. Wobei wir uns wohl bewusst sind, dass der Grundstock für diese Wertschöpfung von den Bürgerinnen und Bürgern geleistet wird.

Die Bürgerinnen und Bürger sind es, die mit ihren Steuergeldern unsere Arbeit überhaupt erst möglich machen. Und deshalb dürfen wir als Staat auch nie vergessen, dass wir zu einem verantwortungsvollen Umgang mit dem Geld der Steuerzahler verpflichtet sind.

Als Zeichen der Verantwortung in Zeiten der Wirtschaftskrise und vor dem Hintergrund eines ausgeglichenen Staatshaushalts muss der Staat die **richtige Balance** halten. Die Balance zwischen der Bereitstellung der notwendigen Mittel einerseits und

der Beschränkung auf das **wirklich** Wichtige andererseits. Diese Balance ist dank Ihrer Unterstützung, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch mit diesem Doppelhaushalt wieder gelungen.

Hier wird der Unterschied zwischen Regierungsparteien und **Opposition** offensichtlich.

Der Haushalt als ein Gesamtwerk einzelner Aufgabenbereiche erfordert zwingend Sinn für die Realität. Forderungen müssen abgewogen sein. Einfach nur ein Mehr an Stellen zu fordern, ist natürlich immer leicht und populär. Wenn es einem nur um öffentlichen Beifall geht, kann man das machen.

Seriöse Politik erfordert darüber hinaus aber auch, dass man sagt, wo das Geld für die zusätzlichen Stellen hergenommen wird.

Allein in einem Änderungsantrag der Grünen werden 260 zusätzliche Stellen gefordert und in einem anderen noch einmal 100 neue Stellen im Justizvollzug. Aber sie unterlassen die Konsequenz dazu: Sagen Sie dann den Bürgern draußen doch auch, dass sie das mit höheren Steuern bezahlen müssen! Oder sagen Sie den Bürgern, dass das Geld dann bei der Bildung oder in anderen Bereichen fehlen wird.

Natürlich hätte auch ich gerne mehr Stellen erhalten. Viele unserer Bediensteten müssen schließlich an der Belastungsgrenze arbeiten.

Doch wo die Justiz - was die Personalausstattung angeht - der "Schuh am meisten drückt", reicht uns das Parlament auch bei diesem Doppelhaushalt eine **helfende Hand**. Der Haushaltsentwurf für 2009

und 2010 enthält für die Justiz wichtige Verbesserungen.

Während wir im letzten Haushalt die Richter und Staatsanwälte im Focus hatten, musste ich heuer bei der Schaffung neuer Stellen einen klaren Schwerpunkt auf den **Justizvollzug** legen. Dieser wird effektiv um 205 Stellen verstärkt. Damit machen wir Bayern **noch sicherer**.

Anrede

Wenn es Stellen zu verteilen gibt, stellt sich immer die Frage: "Warum hier und nicht woanders?". Im Doppelhaushalt 09/10 hatte ich definitiv keine andere Wahl. Lassen Sie mich das anhand von vier Punkten erläutern:

1. Die Justiz schafft bis Ende 2012 642 **zusätzliche Haftplätze**. Eine neue "Zelle" ohne dazugehörendes Personal macht aber keinen Sinn. **92 neue Planstellen** des nächsten Doppelhaushalts dienen deshalb der personellen Ausstattung der **neuen Justizvollzugsanstalt Augsburg**, die in Gablingen errichtet werden wird.

Diese neue Anstalt wird nach dem derzeitigen Planungsstand schrittweise über das gesamte Jahr 2012 in Betrieb genommen werden. Wir müssen deshalb bereits in den Jahren 2009 und 2010 gut die Hälfte der dafür benötigten Anwärter einstellen, damit wir sie zeitgerecht in unserer Justizvollzugsschule ausbilden können.

2. Zudem ist unser gemeinsam erarbeitetes **Bay-erisches Strafvollzugsgesetz** am 1. Januar 2008 in Kraft getreten.

Ein von mir in das Gesetz geschriebener Eckpfeiler des modernen Strafvollzugs ist der **Ausbau der Sozialtherapie**. Um diese Forderung nun auch wirksam umsetzen zu können, brauchen wir genügend Personal.

Für den **Ausbau der Sozialtherapie** sind in diesem Doppelhaushalt **80** neue Stellen vorgesehen. Die derzeit vorhandenen 217 Therapieplätze werden im Erwachsenen- und Jugendstrafvollzug um insgesamt 192 Therapieplätze erweitert.

Schon Ende **des Jahres 2009** sollen **66 Be-**

handlungsplätze in Betrieb unter anderem in Ebrach, Aichach, Kaisheim und München gehen.

Warum setze ich so vehement auf die Sozialtherapie? Weil der resozialisierte Straftäter ein Beitrag für die Sicherheit in unserem Lande ist. Und weil empirische Untersuchungen belegen, dass durch die Methoden der Sozialtherapie - und damit meine ich eine besonders intensive, eine besonders fordernde und systematische Form der Behandlung von Straftätern - die Rückfallrate um etwa ein Drittel gesenkt werden kann.

Kurz gesagt: Sozialtherapie heißt: "Resozialisierung" und "Resozialisierung" heißt: "Mehr Sicherheit für die Bevölkerung".

Das alles kostet Geld:

Die geschätzten Bau- und Ausstattungskosten für die **geplanten 192 neuen Plätze** in der Sozialtherapie liegen bei etwa **17 Mio. Euro**. Außerdem werden rund **160 zusätzliche Stellen** im Bereich der Fachdienste und des allgemeinen Vollzugsdienstes benötigt.

Dieses Geld des Steuerzahlers ist **allerbestens investiert:**

Denjenigen, die Sozialtherapie für ein ungerechtfertigtes oder unsinniges "Verwöhnen" der Gefangenen halten, halte ich entgegen: Das Gegenteil ist der Fall: Sozialtherapie ist eine ganz besonders fordernde Vollzugsform.

Gerade bei der **Gruppe der hochgefährlichen und rückfallgefährdeten Straftäter steht der Staat in der Pflicht**, durch besonders intensive Bemühungen der drohenden Gefahr erneuter Straftaten durch diese Täter entgegenzuwirken. Alle Täter einfach lebenslang wegzusperren, ist keine Lösung und rechtlich und tatsächlich nicht möglich.

Deshalb steckt hinter dem unscheinbar wirkenden Begriff der Sozialtherapie **ein ganz wesentlicher Beitrag dazu, den Schutz der Gesellschaft vor hochgefährlichen Straftätern zu verbessern**. Jede einzelne verhinderte Rückfalltat bedeutet nämlich zugleich, unschuldigen Menschen unermessliches Leid zu ersparen.

Das ist der Grund, warum wir bei der Vergabe von Stellen bei diesem Haushalt einen Schwerpunkt auf den Justizvollzug legen.

Und an diesem Beispiel sehen Sie auch, dass die Nörgler wieder einmal unrecht hatten: Als die Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug auf die Länder übertragen wurde, wurde immer wieder vor einem "**Wettlauf der Schäbigkeit**" gewarnt. (Im Übrigen ein seltsames Verständnis von Föderalismus.)

Der Föderalismus hat sich hier wieder einmal bewährt und Bayern führt den "**Wettlauf der besten Konzepte**" weiter an. Das - liebe Mitglieder der Opposition - werden Sie bei der Sozialtherapie nicht ernsthaft bestreiten können.

3. Neben der Sozialtherapie liegt ein weiterer Schwerpunkt bei der Verteilung der Stellen beim **Jugendstrafvollzug**. Der Erziehungsgedanke im Jugendstrafvollzug ist von ganz wesentlicher Bedeutung.

Wir wissen, dass der überwiegende Teil unserer jugendlichen Gefangenen enorme Defizite im sozialen, erzieherischen und Bildungsbereich aufweisen. Dass sie oftmals selbst Opfer von Gewalt waren oder sind. Gerade bei jungen Menschen kann man erzieherisch noch am meisten erreichen. Deshalb ist eine intensive Behandlung und Betreuung der Jugendstrafgefangenen notwendig. Aus diesem Grund sollen für die drei bayerischen Jugendstrafvollzugsanstalten insgesamt **30 neue Planstellen** geschaffen werden.

4. Weitere **12 Planstellen** sollen schließlich die Personalsituation in mehreren bayerischen Justizvollzugsanstalten, vor allem im **Nachtdienst**, gezielt verstärken. Auch diese Maßnahme wird zu einem weiteren Mehr an Sicherheit in den betroffenen Anstalten und damit auch für unsere Mitarbeiter führen.

Sie sehen: Das Geld des Steuerzahlers ist gut investiert.

Die Arbeit im Justizvollzug ist oft psychisch und physisch außerordentlich belastend. Um auch weiterhin qualifiziertes Personal gewinnen zu können und um unsere Mitarbeiter weiter zu motivieren, liegt mein

Augenmerk auch auf den Beförderungsmöglichkeiten .

Mit insgesamt 642 Stellenhebungen im Justizvollzug verbessern wir die Beförderungssituation der Bediensteten aller Laufbahnen und Berufsgruppen nochmals entscheidend, die 2008 für insgesamt rund 28.500 Gefangene verantwortlich waren.

Die Stellenhebungen sind zugleich ein Ausdruck der Anerkennung für die hervorragende Arbeit der Vollzugsbediensteten. Ihrer Leistungsbereitschaft und Ihrem Engagement haben wir es vor allem zu verdanken, dass die Bayerischen Gefängnisse so sicher sind wie Fort Knox. So hat es auch im Jahr 2008 keinen einzigen erfolgreichen "Ausbruch" aus einer bayerischen Justizvollzugsanstalt gegeben.

Stellensituation bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

Anrede

Ich weise noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass die Belastung der Richter und Staatsanwälte, der Rechtspfleger und Bewährungshelfer hoch ist. Deshalb habe ich in der Vergangenheit massive Verbesserungen ausverhandelt. Ich will Sie nur daran erinnern, dass es meiner Initiative zu verdanken ist, dass im letzten Doppelhaushalt 50 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte geschaffen wurden. Dies hat die Belastungssituation der Richter und Staatsanwälte spürbar verbessert.

Vor allem durch die Mithilfe der Kollegen Kreuzer, Winter, Guttenberger und Dr. Fischer (FDP) konnte zudem in den parlamentarischen Beratungen für den anstehenden Doppelhaushalt erreicht werden, dass es immerhin **10 neue R1-Stellen für Staatsanwälte** geben wird. Für die konstruktive Zusammenarbeit mit den Regierungsfractionen möchte ich mich bei dieser Gelegenheit noch einmal bedanken.

Zudem sollten Sie endlich zur Kenntnis nehmen, dass durch den jetzigen Doppelhaushalt die Entwicklungsmöglichkeiten für Richter und Staatsanwälte spürbar verbessert werden. Eine wichtige Beförderungsmöglichkeit gerade für junge Richter und Staatsanwälte ist der sog. "**Gruppenleiter**". Es ist gelungen, die Anzahl der Stellen für diese "Staatsanwälte als Gruppenleiter" deutlich zu erhöhen. Im Jahr 2010 werden 161 solche Stellen zur Verfügung

stehen, also rund **ein Viertel aller Staatsanwaltsstellen**. Das erhöht die Aufstiegschancen gerade junger Mitarbeiter im höheren Dienst und damit deren Motivation.

Auch beim richterlichen Dienst und in allen anderen Laufbahnen, z.B. im mittleren Justizdienst und bei den Justizwachtmeistern, gab es in der Vergangenheit in erheblichem Umfang **Stellenhebungen und spürbare Strukturverbesserungen**.

Und lassen Sie mich an dieser Stelle noch etwas in Richtung Opposition sagen: Bei den vielen Richtern und Staatsanwälten, die wir in Bayern haben, gibt es natürlich manchmal auch Situationen im Einzelfall, die nicht zufriedenstellend sind. **Aber nicht jede dieser Situationen ist auf eine personelle Über-**

lastung der Gerichte oder Staatsanwaltschaften zurückzuführen.

Anrede

Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zur Stellsituation in zwei besonderen Bereichen machen:

Bei den **Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfern** schaffen wir 15 zusätzliche Stellen.

Das ist eine Stellenmehrung in diesem Bereich um **rund 5 %**.

Ähnliches gilt für die **Gerichtsvollzieher**. Mit den Maßnahmen, die im Doppelhaushalt 2009/2010 vorgesehen sind, können in den nächsten zwei Jahren **zusätzlich 80 Beamte** zu Gerichtsvollzieherinnen

und Gerichtsvollziehern ernannt werden. Die Ernennungs-Situation wird damit deutlich entspannt. Zusätzlich gibt es 20 Stellenhebungen, um die Beförderungssituation zu verbessern.

Anrede

Auch wenn ich natürlich bei Gerichten und Staatsanwaltschaften gerne mehr Stellen gehabt hätte, bin ich froh über die erreichten Verbesserungen.

Wie schon eingangs gesagt: Die **Balance** zwischen notwendigen Investitionen und Zurückhaltung bei den staatlichen Ausgaben muss stimmen. Natürlich werde ich die Stellensituation bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften genau im Auge behalten.

Die Koalition hat sich darauf geeinigt, eine Verbesserung der Personalausstattung der Justiz um 400 Stellen anzustreben. Da das natürlich nicht im Rahmen eines einzigen Doppelhaushaltes möglich ist, werde ich gemeinsam mit Ihnen auch im nächsten Doppelhaushalt darauf hinwirken, dass dann bei Gerichten und Staatsanwaltschaften genügend Stellen geschaffen werden.

Anrede

Wenn Sie den Haushalt wie geplant verabschieden, erkennen Sie damit die hervorragenden Leistungen der gesamten bayerischen Justiz und reichen ihr eine helfende Hand. Und weil **eine** helfende Hand besser ist, als **keine**, und weil wir in Zeiten einer Wirtschafts- und Finanzkrise den Bürgern finanziell nicht immer noch mehr Opfer abverlangen können,

freue ich mich über die Verbesserungen und beklage nicht, dass ich mir noch mehr hätte vorstellen können.

Die Menschen wollen beides: Einen starken und wehrhaften Staat, der sie und ihre Rechte schützt. Und einen Staat, der ihnen nicht mehr Geld abfordert, als zur Sicherung der staatlichen Aufgaben notwendig ist. Wer auf eine Gerichtsentscheidung einmal länger warten muss, als erhofft, würde sich mehr Geld für die Justiz wünschen. Und wer auf seinem Lohnzettel die Steuerlast sieht, wünscht sich weniger Abzüge. Der Haushaltsgesetzgeber muss einen **Mittelweg** finden. Dieser Mittelweg ist gefunden und die Justiz wird ihrer Aufgabe als Wahrerin des inneren Friedens und als starke dritte Gewalt im Staat weiter nachkommen können.